

Literaturüberblick

Interne Angriffe auf Firmennetze

„Praktischer Umgang mit Innentätern“ ist der Beitrag von Markus Steinkamp im Informationsdienst IT-Grundschutz (3/09, Seite 5) überschrieben. Er beschreibt die Gefahrenlage von Angriffen auf das Firmennetzwerk durch Mitarbeiter und erörtert Maßnahmen zum Schutz von Firmennetzen vor Innentätern. ■ HK

Listenprivileg

Ein zentraler Diskussionspunkt bei der Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes ist die Abschaffung des sogenannten Listenprivilegs des § 28 Abs. 3 BDSG. In der Zeitschrift Recht der Datenverarbeitung (RDV 6/08, Seite 223) begutachtet Rechtsanwältin Dr. Astrid Breinlinger den Vorschlag des Bundesinnenministeriums. ■ HK

Datenschutz und UWG

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) erheben die Verbraucherschutzverbände die Forderung, das BDSG als Verbraucherschützendes Gesetz aufzunehmen. In dem Aufsatz „Datenschutz und UWG – Unterlassungsansprüche bei Datenschutzverstößen“ in Recht der Datenverarbeitung (RDV 6/08, Seite 226) beschreiben Dr. Wulf Kamlah und Svenja Hoke (Schufa Holding), ob eine solche Gesetzesänderung geboten ist. ■ HK

Elektronische Wahlen

Am 3. März 2009 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass beim Einsatz von Wahlcomputern der Grundsatz der Öffentlichkeit und Transparenz von Wahlen nicht verletzt werden darf. Die

Februarausgabe der Zeitschrift Datenschutz und Datensicherheit (DuD) befasst sich in mehreren Beiträgen mit technischen und rechtlichen Aspekten beim Einsatz von Wahlcomputern. Peter Wilm gibt einen Überblick über die technischen Anforderungen bei der Einführung von Internetwahlen zu staatlichen Parlamentswahlen (Seite 79). Mit der „Sicherheitsanalyse der Nedap-Wahlcomputer“ (Seite 84) befassen sich Frank Rieger und Constanze Kurz vom Computer Chaos Club. Der Aufsatz (Seite 88) von Heike Schrepf, Dr. Norbert Greif und Prof. Dr. Dieter Richter „fasst zusammen, was zur Absicherung von Wahlgeräten auf der Grundlage der geltenden gesetzlichen Regelungen in Deutschland bisher getan worden ist und beleuchtet vor diesem Hintergrund die bekannten Hauptkritikpunkte“. Dr. Sönke Maseberg berichtet über die „Evaluierung eines Digitalen Wahlstiftes gemäß Common Criteria“ (Seite 92) und Prof. Dr. Rüdiger Grimm, Kai Reinhard, Cornelia Winter, Jule Witte schildern die „Erfahrungen mit Online-Wahlen für Vereinsgremien“ bei der Gesellschaft für Informatik im Jahr 2004 (Seite 97). „Bingo Voting“ lautet die Überschrift zu dem Aufsatz von Christian Heinrich und Dr. Jörn Müller-Quade (Seite 102), in dem sie ein kryptographisches Verfahren vorstellen, „das Wahlen mit Wahlcomputern erlaubt, ohne dabei an Transparenz und Nachvollziehbarkeit einzubüßen“. ■ HK

Informationspflicht bei Datenschutzpannen?

Als im August 2008 Meldungen über den Diebstahl von 41 Millionen Kreditkarten-Nummern in den USA durch die Presse gin-

gen, forderte der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar, US-amerikanischem Beispiel folgend, die Einführung einer Meldepflicht für Unternehmen bei Datenmissbrauch. Macht eine solche Informationspflicht bei Datenschutzpannen auch im deutschen Datenschutzrecht Sinn oder trägt sie zur Verbesserung des Datenschutzes eher nichts bei? Zu diesen beiden Positionen schreiben Karin Schuler und Marit Hansen in der Zeitschrift Datenschutz Nachrichten (DANA 1/09). Während Marit Hansen, Stellvertretende Landesbeauftragte für Datenschutz in Schleswig-Holstein, eine solche Meldepflicht als Verbesserung des Schutzes des Informationellen Selbstbestimmungsrechts ansieht (Seite 12), ist Karin Schuler, Beraterin für Datenschutz und IT-Sicherheit, eher skeptisch (Seite 14): „Sind Eindeutigkeit und Durchsetzbarkeit nicht gegeben, mutieren Meldepflichten zu einem Kampfinstrument im Wettbewerb. Das Ergebnis ist ein in höchstem Maße unfairer Zustand: Nicht diejenigen haben Vorteile, die die wenigsten Verstöße begehen beziehungsweise erleiden, sondern diejenigen, die die besten Verschleierungstaktiken entwickeln. Und das erscheint aufgrund absolut mangelhafter Kontrollmöglichkeiten nicht schwer.“ ■ HK

Videoüberwachung

Die Fachzeitschrift für Sicherheit & Industrie behandelt in dem Themenheft „Videoüberwachung“ (S&I select 1/2009) rechtliche und technische Aspekte der Videoüberwachung. Abgedruckt ist auch ein Interview mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar (Seite 6). ■ HK